

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insektionsgebühr für den Raum einer Seite 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Uebersicht.

- Deutschland.** * München. Nachrichten von Athen. Fürst v. Wallerstein. Garnisonwechsel. Eisenbahn. — Würzburger Theaterzensur. — Die hannoverschen Grenzverhältnisse. Karlsruhe. Interpellation in Betreff der Landwehrfrage. * Kassel. Ständische Verhandlungen über die Eisenbahnfrage. — Gustav-Adolf-Stiftung. — Dr. Schulz als Verfasser der Schrift über Weidig. — Amnestie politischer Flüchtlinge aus Altenburg.
- Preußen.** * Berlin. Der Fonds für Erlernung der polnischen Sprache. Posener Zustände. Die Juden. * Berlin. Die Gesellenvereine. ** Breslau. Die schlesischen Urbaren. Köln. Dr. Hönninghaus.
- Oesterreich.** * Von der böhmisch-sächsischen Grenze. Deutsche und Czechen.
- Spanien.** * Paris. Der Tod der Infantin. Die Königin Christine. Die päpstliche Curie. Gährungen.
- Großbritannien.** * Die Adressverhandlung. Der Proceß O'Connell. Oberst Stoddart in Bokhara.
- Frankreich.** Petition der französischen Weinbergbesitzer. Fanny Elster. * Paris. Der Gesetzentwurf über den Secundairunterricht.
- Schweden und Norwegen.** Der König. Dem Kronprinzen wird die Regierung vorläufig übertragen.
- Rußland und Polen.** * Aus Westrussland. Die Juden.
- Donaufürstenthümer.** Die Räubersführer des serbischen Complots. * Von der untern Donau. Politische Besorgnisse und Erwartungen in den Donaufürstenthümern.
- La Plata-Staaten.** Nachrichten von Montevideo.
- Personalnachrichten.**
- Wissenschaft und Kunst.** * Leipzig. Der Bildhauer Knauer.
- Handel und Industrie.** * Leipzig. Die Anstalt für Arbeitsvermittlung. — Berlin.
- Neueste Nachrichten.** Madrid. Aufstand in Alicante. — Nachrichten aus Ostindien und China.
- Ankündigungen.**

Deutschland.

* München, 6. Febr. Briefen aus Triest nach, die heute hier eingetroffen sind, hatte das Dampfschiff, welches am 21. Jan. den Piräus verlassen hat, auf der Ueberfahrt das allerungünstigste Wetter und sah sich zwei Mal zum Einlaufen in Häfen genöthigt, um größerer Gefahr auszuweichen. Daher ist die neueste griechische Post erst gestern hier eingetroffen. Die hierhergelangten Briefe enthalten wenig Neues, was nicht auch schon in den griechischen Blättern stände. Nur der Sitzung am 20. Jan. (Nr. 40) gedenken sie schon, jedoch ohne ein Resultat bezüglich derselben mitzutheilen. Trotz des geräuschvollen Ganges der Beratungen wird höchst wahrscheinlich das zweite Capitel der Verfassung, nämlich das über die öffentlichen Rechte (das Staatsrecht) der Griechen, ebenso ohne wesentliche Abänderungen angenommen werden wie das erste über die Religion. Die hierher gelangten Briefe lauten in dieser Beziehung sehr bestimmt. Alle drücken ihre Freude darüber aus, daß trotz aller Gegenanstrengungen von Seiten der hierbei von der Geistlichkeit kräftigst unterstützten russischen Partei das erste Capitel im Sinne der Gemäßigten und nach dem Wortlaute des Verfassungsentwurfs angenommen worden ist. Dieser erste Sieg kann unmöglich ohne günstige Folgen sein, wenn er auch im Ganzen allerdings noch keineswegs allen Besorgnissen ein festes Ziel setzt. Sonst dreht sich der Inhalt unserer Briefe um die griechischen Neujahrsfeierlichkeiten und um die Verhältnisse der zur Einschiffung fertigen oder auch der Reisegelder noch harrenden Landsleute. — Fürst Ludwig v. Wallerstein war einige Tage unwohl, konnte aber schon vorgestern bei dem feierlichen Belehnungsacte wieder als Kronobersthofmeister fungiren. Es circuliren fortwährend Gerüchte über seine Ernennung zum Staatsrath im ordentlichen Dienst, aber ohne auf mehr als bloßen Voraussetzungen zu beruhen. — Unsere Regierung scheint entschlossen zu sein, die Garnisonen solcher Städte, die vorzugsweise als vermögende und sonst begünstigte angesehen werden können, mehr und mehr zu vermindern und dafür durch die Dislocirung der Truppen andern Orten gute Dienste zu erweisen. Ein doppelter Anfang ist zu Gunsten Ansbachs und Neumarkts mit Nürnberg gemacht worden, und dieselbe Maßregel soll bezüglich Bamberg's, einer der handelsbegünstigsten Städte Baierns, im Interesse einer andern fränkischen Stadt im Werke sein. — Einem vielverbreiteten Gerüchte nach wäre es nun als entschieden anzusehen, daß die Ludwigshafen-Verbacher Eisenbahngesellschaft sich in Folge zu unnachhaltiger Actienzeichnungen außer Stande sieht, den übernommenen Bau zu begin-

nen, und daß also andere Mittel und Wege eingeschlagen werden müssen, wenn das Unternehmen zu Stande kommen soll.

— Die «Augsburger Postzeitung» meldet, daß in Würzburg die Wiederholung der Oper Die Hugenotten unter diesem Titel nicht mehr gestattet worden, nachdem die geistliche Behörde ernstlich eingeschritten ist und erklärt hat, daß ein Streichen von diesen oder jenen Stellen nicht genügen könne. Die Oper wird nun unter dem Titel „Die Anglikaner und Puritaner“ gegeben.

— Die Hanauer Zeitung meldet aus Rinteln vom 31. Jan.: „Unsere Grenzverhältnisse haben sich seit etwa zehn Tagen anders gestaltet; die durch frühere Verträge gewährten Verkehrsvereinerleichterungen sind gegen Hannover und Bückeburg eingestellt, die Verzollung nach vollen Tarifsaßen ist eingetreten, das Zollcartel aufgehoben und nur die ermäßigten Durchgangszollsaßen auf unsern kurzen Straßenstrecken sind auf so lange geblieben, als man hannoverscherseits eine gleiche Erleichterung gestattet. Da wir hier fast ganz, wenigstens mehr als drei Vierteltheile von den genannten Staaten umgeben sind, so ist diese Anordnung, besonders für den kleinen Grenzverkehr, wichtig.“

Karlsruhe, 6. Febr. In der heutigen öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer richtete Abg. Mathy an den Regierungskommissar des Kriegsministeriums die Frage: ob die Vorlage eines Entwurfs über Errichtung einer Landwehr, welche 1841 auf die Motion des Abg. Christ und wiederholt im Jahre 1842 zugesagt worden, auf diesem Landtag erfolgen werde. Hauptmann v. Böck erwiderte, das Kriegsministerium sei mit den Vorarbeiten beschäftigt, welche jedoch Zeit erfordern, da der Gegenstand in die militairischen und bürgerlichen Verhältnisse tief eingreife. Wo möglich, werde der Entwurf noch der gegenwärtigen Ständeversammlung vorgelegt werden. Abg. Mathy: Diese Auskunft haben wir schon auf den beiden letzten Landtagen erhalten. Da übrigens eine Petition über diesen Gegenstand vorliegt, so ersuche ich den Regierungskommissar, nicht das Beispiel des Ministeriums des Innern nachzuahmen, sondern in der Sitzung, wo diese Petition verhandelt wird, zu erscheinen. Hauptmann v. Böck sagte dies zu- und wünschte nur vor dem Tag in Kenntniß gesetzt zu werden. (Vad. VI.)

* Kassel, 6. Febr. Den einzigen unserer kurhessischen Ständeversammlung zur Verathung vorliegenden Gegenstand bildet noch fortdauernd die Eisenbahnfrage. Bis jetzt ist es jedoch den Landständen noch nicht gelungen, zu einer Verständigung darüber mit der Staatsregierung zu kommen. In der öffentlichen Landtagsitzung am 19. Jan., wo der ausführliche Bericht (Nr. 31) des landständischen Ausschusses über diese Angelegenheit an der Tagesordnung war, widersetzte sich der Landtagskommissar jeder Discussion über jenen Bericht in der öffentlichen Plenarversammlung, indem er zugleich einen Beschluß des Ministeriums des Innern vom 18. Jan. übergab, worin gedachte Berichterstattung des Abg. v. Waig für ungenügend in Fassung, Form und Ausdrücken erklärt und den Ständen bemerlich gemacht wird, wie ihrem Ausschuss eine Kritik einer ihnen von oben herab gemachten Eröffnung ganz und gar nicht zustehe. Auch ward vom Landtagskommissar eine Misbilligung darüber zu erkennen gegeben, daß der fragliche Ausschussbericht bereits in gedruckten Exemplaren ins Publicum gekommen. Selbst von den Mitgliedern der ständischen Versammlung wurde verlangt, daß sie die unter ihnen vertheilten Exemplare zurückerstatten sollten, was indessen verweigert wurde. Was der Landtagskommissar beauftragt worden war, von Seiten des Ministeriums des Innern der Ständeversammlung in Beziehung auf den Ausschussbericht zu eröffnen, lautet folgendermaßen:

„Die Art und Weise, wie der Ausschussbericht über die vorliegende Angelegenheit sich äußere, sei in mehrfacher Beziehung eine sehr ungeeignete und eben so wenig der Stellung des berichtenden Ausschusses als der Sache angemessen. Statt die ihm gewordene Aufgabe mit gebührendem Ernst und schicklicher Würde zu erfassen und zu behandeln, beschäftigte sich der Ausschuss mit einer nutzlosen und unpassenden Kritik des Verfahrens der Regierung in der Eisenbahnangelegenheit, ohne die Gründe desselben zu kennen oder sich um deren Kenntniß bemüht zu haben. Auf diesem Weg überhebe sich der Ausschuss seiner Pflichten gegen die Regierung und gegen die Ständeversammlung, urtheile, ohne auf dem geeigneten Standpunkt und ohne im Besitze zuverlässiger Erkenntnißmittel und Quellen sich zu befinden, darüber ab, wie seiner Meinung nach die Eisenbahnangelegenheit zu betreiben sei, und gelange zu Anträgen, welche nicht allein die Sachlage und alle billigen Erwartungen bei Seite setzten, sondern auch mit den eignen Ansichten des Ausschusses über die Förderung der Einrichtung von Eisenbahnen im Widerstreite ständen. Man glaube daher, den Inhalt des erwähnten Berichts zurückweisen zu müssen und erwarten zu dürfen, daß er die Billigung der Ständeversammlung nicht finden werde.“

Der interimistische Vorstand des Departements des Innern, Ministerialrath Bolmar, hatte sich bei dieser Mittheilung an die Ständever-